

ANFRAGE von Anjuska Weil (FraP!, Zürich)

betreffend Gesetzesentwurf über die Spielkasinos

Der Bundesrat hat den Regierungen der Kantone einen Gesetzesentwurf zum Betrieb von Spielcasinos zugestellt. Obschon dieser Entwurf beträchtliche juristische Lücken aufweist, ist die Vernehmlassungsfrist ausgesprochen kurz angesetzt.

Die Liberalisierung des Geldspiels mit hohen Einsätzen wurde seinerzeit vom Bundesrat befürwortet und am 7. März 1993 vom Volk gutgeheissen. Wichtige Argumente waren damals die dringend notwendigen Impulse für den Fremdenverkehr und vor allem die hoch veranschlagten Zusatzeinnahmen zugunsten der AHV.

Zweifellos wird der vorgelegte Gesetzesentwurf zum Betrieb von Spielcasinos weitreichende wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Folgen haben. Erfahrungen mit Spielcasinos sind aus verschiedenen Ländern bekannt. Nachdem das Zürcher Volk die "Fairplay-Initiative" mit deutlichem Mehr verworfen hat, muss die Besorgnis, welche dieses Nein widerspiegelt ernst genommen werden, andererseits ist der Frage von Geldwäscherei gerade auf dem Finanzplatz Zürich grosse Beachtung zu schenken.

Ich ersuche daher den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- Ist der Regierungsrat bereit - allenfalls in Absprache mit andern Kantonen - vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eine Verlängerung der Vernehmlassungsfrist um mindestens vier Monate zu verlangen?
- Trifft es zu, dass weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene untersucht wurde, welche wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und vor allem sozialen Auswirkungen aufgrund des vorgelegten Gesetzesentwurfs zu erwarten sind?
Wenn ja, ist der Regierungsrat bereit, eine solche Studie in Auftrag zu geben und deren Resultate in seiner Vernehmlassungsantwort zu berücksichtigen?
- Ist der Regierungsrat bereit von den zuständigen Bundesbehörden (Finanzdepartement, Justiz- und Polizeidepartement, Departement des Innern) unabhängige und fundierte Untersuchungen als Entscheidungsgrundlagen bezüglich des vorliegenden Gesetzesentwurfs zu fordern? Dies insbesondere bezüglich des zu erwartenden Ertrags, der Gefahr der Geldwäscherei und der sozialen Kosten.
- Welche Schlüsse zieht der Regierungsrat in seiner Vernehmlassungsantwort aus dem Volksnein zur "Fairplay-Initiative"?

Anjuska Weil